

Quelle: www.der-paritaetische.de (Themen/Bereichsübergreifende Themen/Klimaschutz)

SOZIALES

Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen. Das Institut für empirische Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine Studie zu Gewaltschutzstrukturen für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen veröffentlicht. Damit wird auf das besonders hohe Risiko, insbesondere für Mädchen und Frauen mit Behinderungen aufmerksam gemacht, in verschiedenen Lebensbereichen Gewalt zu erfahren. Anhand von Einzel- und Gruppeninterviews sowie Interviews mit Expert:innen wurde zunächst eine Ist-Situationsanalyse der Rahmenbedingungen im Gewaltschutz angefertigt sowie die konkrete Situation in den Einrichtungen aus der Perspektive der Betroffenen und Handelnden beleuchtet. Daraus wurden Verbesserungsmöglichkeiten und zentrale Handlungsfelder und -empfehlungen im Gewaltschutz abgeleitet. Die Studie bildet eine wissenschaftliche Grundlage für die Erstellung einer umfassenden Gewaltschutzstrategie. Den Bericht gibt es online unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/fb-584-gewaltschutzstrukturen-fuer-menschen-mit-behinderungen.html>. Quelle: BtPrax-Newsletter vom 9.11.2021

Broschüre für ein soziales Berlin. Für Vertreter:innen der Berliner Politik und Verwaltung hat der Landesverband Berlin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im Oktober dieses Jahres die Broschüre „#berlinbessermachen – POSITIONEN des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin für ein soziales Berlin“ veröffentlicht. Diese bietet Orientierungshilfen für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der städtischen sozialen Angebote in zahlreichen Handlungsfeldern, darunter die Pflege älterer Menschen, die körperliche und psychische Gesundheitsversorgung, die Bildung und die Inklusion. Auch die Bereiche der Kinderbetreuung, der Jugendhilfe und der Beratung für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie der Gewaltschutz, die Digitalisierung und das zivilgesellschaftliche Engagement werden in den Blick genommen. Dabei wird jeweils dargestellt, wie die aktuelle Lage ist, was bereits unternommen wird und was es gemeinsam noch zu tun gibt. Die Broschüre ist im Internet unter https://bit.ly/berlinbessermachen_positionen zu finden. Quelle: Mitteilung des Paritätischen Berlin vom 20.10.2021

GESUNDHEIT

Handreichung zu rechtlichen Grundlagen der Sozialen Arbeit im Krankenhaus. Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) hat ein Informationsangebot zu den gesetzlichen Regelungen für die Soziale Arbeit im Krankenhaus erstellt.

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Hygiene-Regelungen statt.

2.-4.3.2022 Berlin und online. (Un)bedingt systemrelevant. Gemeinsam gegen Existenznot und Wohnungslosigkeit. BAG W - Bundestagung. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Waidmannsluster Damm 37, 13509 Berlin, Tel.: 030/28 44 53 70, E-Mail: werenarosenke@bagw.de

10.-11.3.2022 Berlin. Verdikte, Verfahren, Verlagerungen: Institutionalisierung, Legitimität und Konsequenzen privater Entscheidungsstrukturen. Interdisziplinäre Tagung. Information: Weizenbaum-Institut, Forschungsgruppe „Verlagerungen in der Normsetzung“, Hardenbergstraße 32, 10623 Berlin, Tel.: 030/70 01 41 00 1, E-Mail: simon.schroer@rewi.hu-berlin.de

13.-16.3.2022 Bremen. Ent | grenz | ungen. 28. Kongress der DGfE. Information: Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (DGfE), Warschauer Straße 36, 10243 Berlin, Tel.: 0421/21 86 90 00, E-Mail: dgfe2022@uni-bremen.de

22.-24.3.2022 online. Was jetzt zählt. Kongress Armut und Gesundheit 2022. Information: Kongress Armut und Gesundheit, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030 44 31 90 73, E-Mail: kongress@gesundheitbb.de

23.3.2022 Olten (Schweiz). Fachtagung Soziale Arbeit und Sucht. Praxis und Wissenschaft im Dialog. Information: u. a. Schweizerischer Fachverband Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (SAGES), 3010 Bern (Schweiz), Tel.: +41 76/39 52 26 6, E-Mail: geschaeftsstelle@sages.ch

30.-31.3.2022 Magdeburg. 7. Forum Pädagogische Organisationsforschung. Vorkonferenz der Jahrestagung der Sektion Organisationspädagogik. Information: Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften DGfE, Warschauer Straße 36, 10243 Berlin, E-Mail: u.a.tamara.ehmann@uni-wuerzburg.de

31.3.-1.4.2022 Magdeburg. Organisation und Kritik. Jahrestagung der Sektion Organisationspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (DGfE). Information: DGfE, Warschauer Straße 36, 10243 Berlin, Tel.: 0391/67 56 94 1, E-Mail: olaf.doerner@ovgu.de

31.3.-1.4.2022 Berlin und online. 2. bundesweiter Workshop für quantitative Forschungsmethoden in der Sozialen Arbeit. Information: Kontaktgruppe für quantitative Forschungsmethoden in der Sozialen Arbeit, E-Mail: kmr-quantitativeSozialeArbeit@freenet.de (Kai-Michael Richartz)

Mit Stand vom August 2021 enthält dieses eine Zusammenstellung der wesentlichen Bestimmungen zum Versorgungs- und Entlassmanagement im Rahmen einer Krankenhausbehandlung, zum sozialen Krankenhausdienst, zur Verarbeitung von Patient:innendaten und zur seelsorgerischen Betreuung. Dabei werden sowohl die im Sozialgesetzbuch V verankerten Vorgaben als auch die unterschiedlichen gesetzlichen Normen einzelner Bundesländer berücksichtigt. Die Handreichung kann im Internet unter https://dvsg.org/fileadmin/user_upload/DVSG/Veroeffentlichungen/Positionen/Soziale-Arbeit-im-Krankenhaus-Rechtliche-Grundlagen.pdf eingesehen werden. Quelle: Mitteilung der DVSG vom 27.10.2021

Pflegebedürftigkeit hängt von sozialer Stellung ab. Laut dem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) haben ärmere Personen eine deutlich geringere Lebenserwartung als Personen mit höheren Einkommen. Der Bericht zeigt auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels, dass sie zudem häufiger und früher pflegebedürftig werden. Gleichtes gelte für Arbeiter:innen im Vergleich zu Beamten:innen sowie für Menschen mit hohen Arbeitsbelastungen im Vergleich zu Personen mit niedrigen beruflichen Belastungen. Es zeige sich, dass das Risiko der Pflegebedürftigkeit also nicht nur vom Alter abhänge, sondern entscheidend durch Gesellschaft, Einkommen und Arbeitswelt beeinflusst werde. Im Bericht werden schließlich sozialpolitische Maßnahmen angeregt, die die Arbeitsbelastungen in der Erwerbsphase reduzieren, um das Pflegerisiko präventiv zu verringern. Mehr Informationen unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.827697.de/publikationen/wochenberichte/2021_44/heft.html. Quelle: DIW Wochenbericht 44/2021

JUGEND UND FAMILIE

Corona-Pandemie hat negative Auswirkungen auf junge Menschen und die Jugend(sozial)arbeit. In einem Positionspapier vom 7./8. Oktober 2021 zieht die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) eine Zwischenbilanz zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen und die Strukturen der Jugend(sozial)arbeit in den letzten Monaten. Vor allem bei Jugendlichen in prekären Lebenslagen seien psychische Belastungen, Zukunftsängste und ein fehlender Austausch mit der Peergroup zu beobachten. Die Einschränkungen der Angebote der Jugend(sozial)arbeit erschweren die Situation. Empfehlenswert seien unter anderem eine Partizipation Jugendlicher an den Verhandlungen zu politischen Entscheidungen, eine Stärkung der Jugendsozialarbeit, eine Flexibilisierung von Maßnahmen auf dem Ausbildungsmarkt und ein bundesweit geförderter Zukunftsplan Jugendarbeit mit fünfjähriger Laufzeit. Zu dem Positionspapier geht es unter www.agj.de/file/admin/files/positionen/2021/Positionspapier_Corona_Jugendarbeit.pdf. Quelle: www.jugendhilfeportal.de

Handbuch zur Gestaltung kinder- und jugendfreundlicher Städte. Mit dem Ziel, kinder- und jugendfreundlichere Stadträume zu schaffen, realisierte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit Kooperationspartner:innen im Zeitraum 2019 bis 2021 das Projekt „INERSIKI - Instrumentenentwicklung zur Erfassung der raumbezogenen Sicherheitsbelange von Kindern und Jugendlichen“. Im Ergebnis entstand das Handbuch „Kinder und Jugendliche im Quartier“, in dem zehn Methoden vorgestellt werden, die helfen sollen, eine kriminalpräventive Arbeit für Kinder und Jugendliche auszubauen. Vorgeschlagen werden beispielsweise Stadtteilbegehungen, Fotostreifzüge, Kommentierungen ausgewählter, auf Fotoplakaten dargestellter Orte und eine schriftliche Befragung von Kindern und Jugendlichen mittels eines eigens zur Verfügung gestellten Fragebogens. Das Handbuch gibt es unter www.inersiki.de. Quelle: Mitteilung des Difu vom 28.10.2021

AUSBILDUNG UND BERUF

Benachteiligung von Förderschüler:innen auf dem Ausbildungsmarkt. Auf Grundlage einer Analyse von Befragungsdaten des Nationalen Bildungspanels gelangte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu der Erkenntnis, dass Jugendliche von Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ seltener Zugang zu einer Ausbildung finden und bis zum Alter von 20 Jahren seltener einen Ausbildungsabschluss erreichen als Jugendliche von Regelschulen. Obwohl diejenigen Schüler:innen, die die Förderschule mit einem Hauptabschluss verlassen, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erfolgreicher seien als diejenigen ohne Hauptschulabschluss, seien sie gegenüber von Hauptschulabsolvent:innen von Regelschulen immer noch im Nachteil. Wichtig sei es, Maßnahmen weiterzuentwickeln, um die Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt langfristig zu sichern. Der Bericht ist zu finden unter https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb_2021-22.pdf. Quelle: IAB-Kurzbericht 22/2021

Soziale Herkunft relevant für Bildungsweg. Im Oktober dieses Jahres veröffentlichte der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. ein Diskussionspapier zur Bedeutung der sozialen Herkunft für die Bildungswege junger Menschen. Dieses bietet Informationen zu den Unterschieden zwischen Nichtakademiker:innen- und Akademiker:innenkindern. Wie Auswertungen des Mikrozensus ergeben hätten, sei der Anteil der Akademiker:innenkinder, die eine hochschulberechtigende Schule besuchen, mit 83% fast doppelt so hoch wie derjenige der Nichtakademiker:innenkinder (46%). Diese Ungleichheit vertiefe sich beim Übergang zu einer Hochschule. Während von den Akademiker:innenkindern 79 % ein Studium aufzunehmen, sei dies bei Kindern aus nichtakademischen Haushalten nur bei 27 % der Fall. Mehr dazu unter https://www.stifterverband.org/medien/vom_arterkind_zum_doktor. Quelle: www.stifterverband.org